

# Demokratische Partizipation als Aufgabe der Kinder- und Jugendarbeit

## Begründungen und Arbeitsprinzipien

von *Benedikt Sturzenhecker*

Kindern und Jugendlichen in den Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit Strukturen demokratischer Partizipation anzubieten, folgt aus gesetzlichen Vorgaben wie aus historischen und aktuellen Fachdebatten. Beide Aspekte werde ich im Folgenden (1) kurz skizzieren. Aus diesen Begründungen leite ich Arbeitsprinzipien für die Gestaltung solcher demokratischen Mitbestimmung in der Jugendarbeit ab, besonders in Bezug auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit.

### Begründungen für die Ermöglichung demokratischer Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit

Der § 11 SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) fasst die seit den 1960er-Jahren andauernde Fachdebatte um die Gestaltung von Jugendarbeit zusammen und stellt Jugendarbeit folgenden Auftrag: „Jungen Menschen sind die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Sie sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie zur Selbstbestimmung befähigen und zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen.“ Mit der Novelle SGB VIII durch das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz von 2021 ist die Bedeutung der Förderung der Entwicklung von Selbstbestimmung ebenso wie die Ermöglichung von Beteiligungsverfahren im Gesetz noch einmal gestärkt worden. § 11 fordert von der Jugendarbeit die Ermöglichung der Erfahrung von Selbstbestimmung und Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche. Diese Verbindung von Selbstbestimmung und Mitbestimmung ist deshalb untrennbar, weil Selbstbestimmung immer in einem sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhang stattfindet und sie nur soweit reichen kann, als dass die Selbstbestimmung der anderen Gesellschaftsmitglieder nicht durch die Entfaltung der Einzelnen behindert oder begrenzt wird. Das geschieht in unserer Republik auf demokratische Weise: Alle Mitglieder der Gesellschaft sind (zumindest

Demokratiebildung entsteht durch die Mitentscheidungspraxis der Kinder und Jugendlichen.

vom Prinzip her) berechnigte Urheber:innen und Adressat:innen der kollektiven Entscheidungen über die gemeinsame Lebensführung. Das Recht, aber auch die Pflicht, liegt darin, die Entfaltung der eigenen individuellen Freiheit mit der der Anderen abzugleichen, indem sich die Bürger:innen an demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligen. § 11 SGB VIII klärt nun, dass die Settings der Kinder- und Jugendarbeit auch auf eine solche demokratische Weise durch die Kinder und Jugendlichen mitbestimmt und mitgestaltet werden sollen. Die Organisationen der Jugendarbeit müssen deshalb Strukturen einer solchen demokratischen Partizipation vorhalten.

Die gesetzliche Demokratieorientierung lässt sich auch in den Fachdebatten zu Jugendarbeit wiederfinden. Der 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) (BMFSFJ 2017, S. 422) versteht Jugendarbeit als „Freiraum“ der Selbst- und demokratischen Mitbestimmung. Der 16. KJB geht sogar noch weiter und definiert politische Bildung bzw. Demokratiebildung als Recht von Kindern und Jugendlichen (vgl. BMFSFJ 2020, S. 128). Danach ist Demokratie Ziel, Gegenstand und Praxis von Bildung und Erziehung. Der Begriff der Demokratiebildung meint die Aneignung demokratischen Handelns durch die Ausübung demokratischen Mitentscheidens. Es geht also darum, dass Strukturen der demokratischen Partizipation durch die Organisationen (also auch durch die Fach- und Honorarkräfte sowie die Ehrenamtlichen) der Kinder- und Jugendarbeit so vorgehalten werden, dass Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung der Jugendarbeit in Anspruch nehmen können und sich damit demokratisches Handeln bildend aneignen können. Demokratiebildung entsteht somit durch die Mitentscheidungspraxis der



Kinder und Jugendlichen, während demokratische Partizipation die Struktur bezeichnet, die durch pädagogisch Verantwortliche angeboten und gesichert werden muss.

## Wie und wo wird Mensch Demokrat:in?

Ich möchte vertiefen und klären, von welchem Demokratieverständnis ich spreche und wie ich meine, dass Menschen Demokrat:in werden können.

Demokratie besteht zunächst ganz allgemein dann, wenn die Mitglieder eines Volkes (gr. „demos“) als gleichberechtigte Urheber:innen und Adressat:innen von Entscheidungen an der Herrschaft (gr. „kratia“) teilnehmen, also partizipieren können. Das bedeutet, dass den unterschiedlichen Gesellschaftsmitgliedern ein gleichberechtigter Zugang zu gleichrangigen, gegenseitigen Aushandlungen und Entscheidungen der Bürger:innen gewährleistet wird. Solche Diskussions- und Entscheidungsprozesse müssen frei und freiwillig sein und in Öffentlichkeiten geschehen.

Der Inhalt der demokratischen Auseinandersetzung sind die Regelungen der kooperativen Lebensführung der jeweiligen Entscheidungsgemeinschaft. Die Umsetzung dieser Entscheidungsrechte kennzeichnet sich durch folgende Kernhandlungen: Mitsprechen (öffentliche Artikulation von Interessen, Konflikten, Problemstellungen usw. und darauf Resonanz bekommen), Mitverhandeln (Streit und Argumentation), Mitentscheiden (Lösung bestimmen), Mithandeln (Entscheidungen umsetzen), Mitverantworten (Folgen von Entscheidungen tragen, Entscheidungen revidieren). Eine solche Demokratie sollte – und hier folge ich John Dewey – nicht darauf beschränkt werden, einfach nur Regierungen zu wählen und sich dann regieren zu lassen. Stattdessen ginge es darum, dass die Mitglieder der Entscheidungsgemeinschaft demokratisches Mitentscheiden im eigenen gesellschaftlichen Leben erfahren, also Demokratie praktizieren können. „Erfahrung“ bedeutet nach Dewey, dass Menschen mit Problemstellungen konfrontiert werden, für die es noch keine Lösungen gibt und für die kooperativ und experimentell Lösungen entwickelt werden müssen. Das soll nicht nur von gewählten Repräsentant:innen auf Regierungsebene geschehen, sondern auch in den Institutionen des gesellschaftlichen Zu-



Eine Demokratie sollte nicht einfach nur Regierungen wählen und sich dann regieren lassen.

Die Demokratie, die in der ‚großen‘ Gesellschaft gilt, muss auch in der ‚kleinen‘ Gesellschaft der Einrichtung praktiziert werden.

sammenlebens. Das gilt für Dewey besonders für die Kommune und pädagogischen Organisationen. Er versteht pädagogische Organisationen (in unserem Fall also zum Beispiel die Kinder- und Jugendarbeit) als „a miniature community, an embryonic society“ (Dewey 1907, S. 31 f.), eine Gesellschaft im Kleinen. Die Demokratie, die in der ‚großen‘ Gesellschaft gilt, muss auch in der ‚kleinen‘ Gesellschaft der pädagogischen Einrichtung praktiziert werden.

Damit lässt sich auch die Frage beantworten, wie Menschen (in unserem Falle Kinder und Jugendliche) Demokrat:innen werden können. Sie benötigen dazu in ihrem gesellschaftlichen Leben Möglichkeiten der demokratischen Partizipation an Entscheidungen, die die gemeinsame Lebensführung betreffen, das kann besonders geschehen in den politischen Strukturen der Kommune, in den pädagogischen Organisationen, in Vereinen und Verbänden. Die Kinder- und Jugendarbeit ist eine solche Institution, die den Kindern und Jugendlichen Erfahrungen der demokratischen Mitentscheidung über die kollektive Gestaltung der Lebensführung in der Jugendarbeit selbst ermöglichen kann. So könnten die Kinder und Jugendlichen Demokratie einüben, indem sie sie ausüben.

Soweit zumindest lautet das konzeptionelle Ideal. Aber wo und wie können Kinder und Jugendliche Erfahrungen der demokratischen Mitentscheidung in der Gesellschaft machen? Schaut man genauer hin, sind diese Möglichkeiten außerordentlich beschränkt. Schule ist der Bereich, in dem Kinder und Jugendliche sich am längsten in ihrem Alltag aufhalten. Ihre Demokratiemöglichkeiten sind dort aber außerordentlich begrenzt. Sie können an den entscheidenden Fragen der Inhalte der Lehrpläne sowie an der Erteilung von Noten nicht demokratisch mitbestimmen (dass das durchaus Sinn machen kann, um die Qualifikationsaufgabe von Schule zu sichern, kann hier nicht weiter ausgeführt werden). Im für die Kinder und Jugendlichen sehr interessanten Konsumbereich ‚partizipieren‘ sie nur in der Form als Kund:innen, die entscheiden dürfen, was sie kaufen; das erfüllt nicht die Kriterien von Demokratie. Es mag Familien (besonders mittelschichtige) geben, die als „verhandlungsorientiert“ bezeichnet werden, aber Entscheidungen in Familien sind trotzdem häufig durch die hierarchischen Generationenverhältnisse und emotionale Bindungen geprägt, die nicht ohne Weiteres als demokratisch bezeichnet werden können.

Kinder und Jugendliche machen in gesellschaftlichen Handlungsfeldern kaum Erfahrungen demokratischer Mitentscheidung.

In der Kommunalpolitik gäbe es große Chancen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (ganz abgesehen von der gesetzlichen Pflicht zur Beteiligung, s. § 33 Bezirksverwaltungsgesetz Hamburg). Aber wie Kommunalpolitik zurzeit gemacht wird, eröffnet sie kaum Zugänge für die Sprachen, Betroffenheiten und kulturelle Diversität der Kinder und Jugendlichen. Auch in den Sozialräumen werden Kinder und Jugendliche nicht als gleichberechtigte Nutzer:innen und Mitbestimmer:innen des öffentlichen Raumes anerkannt. Ihre Selbstbildungspraxen in der Öffentlichkeit werden häufig nur als Abweichung wahrgenommen und präventiviert oder kontrolliert. Die Exklusion von Kindern und Jugendlichen aus öffentlich-politischen Entscheidungsprozessen wurde in der Corona-Pandemie besonders deutlich: „Jugendliche und junge Erwachsene haben nicht den Eindruck, dass ihre Interessen in der derzeitigen Krise zählen.

Sie nehmen nicht wahr, dass ihre Sorgen gehört werden und sie in die Gestaltungsprozesse eingebunden werden.“ (Andresen et al. 2020, S. 16; vgl. z.B. auch Voigts 2020). Was hier in aller Kürze nur angedeutet werden kann, lässt sich so zusammenfassen: Kinder und Jugendliche machen in ihren gesellschaftlichen Handlungsfeldern kaum Erfahrungen berechtigter demokratischer Mitentscheidung.



### Potenziale der Jugendarbeit zur Eröffnung von Demokratiebildung

Analysiert man allerdings die institutionellen Settings der Kinder- und Jugendarbeit, wird deutlich, dass hier – zumindest strukturell – große Potenziale für Demokratiebildung vorhanden sind. Jugendarbeit ist strukturell freiwillig und das prädestiniert sie für Demokratie, die nur frei praktiziert werden kann, indem sich ihre Mitglieder willentlich in ein Verhältnis zu anderen freien Mitgliedern setzen. Jugendarbeit ist offen für die inhaltlichen Interessen der Kinder und Jugendlichen, weil sie keine vorgeschriebenen curricularen Inhalte und methodischen Vorgaben kennt; damit entstehen Chancen, Inhalte, Regeln und Handlungsweisen durch die Beteiligten demokratisch zu bestimmen. Jugendarbeit hat (anders als Schule) eine strukturelle Machtarmut. Die einzige Machtdrohung, die sie ausüben kann, ist der Ausschluss (in der OKJA das berühmte Hausverbot) und diese Strategie ist widersinnig, weil man ja nicht diejenigen ausschließen will, mit denen man arbeiten soll. Die Machtarmut bedeutet auch, dass

die Beteiligten (gerade auch im Verhältnis von Fachkräften und Jugendlichen) gleichberechtigt sind. Die Macht der Fachkräfte endet, wenn die Kinder und Jugendlichen einfach nicht mehr kommen. So entsteht das Potenzial, dass die Entscheidungsmacht durch das ‚Volk‘ ausgeübt werden kann, also durch die Entscheidungsgemeinschaft(en) der Mitglieder oder Teilnehmenden der Jugendarbeit. Gerade weil die Adressat:innen die Jugendarbeit jederzeit verlassen können, sind die Beteiligten darauf angewiesen, gemeinsam auszuhandeln, was für sie zusammen gelten soll und was man wie zusammen tun will. Jugendarbeit hat also in der OKJA wie in der Jugendverbandsarbeit jene Strukturen, die demokratische Partizipation ermöglichen.

### Realität von Partizipation in der Jugendarbeit

Die strukturellen Potenziale zur Eröffnung von Demokratiebildung werden allerdings von den Organisationen der Jugendarbeit selbst zu wenig genutzt. Das kann man empirisch nachweisen (zu einem Überblick vgl. Sturzenhecker 2010, v. Schwanenflügel/Schwerthelm 2021): „Neumann et al. (2020) berichten in einer exemplarischen Studie über zwölf Einrichtungen der OKJA [in Hamburg], dass der Partizipationstyp einer paternalistischen Konsumfamilie dominant ist. Die Fachkräfte sorgen wohlwollend, fürsorglich und in anerkennenden Beziehungen dafür, dass sich die Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen geborgen und wohlfühlen (‘Die Fachkraft ist wie ein Vater für mich’). Die Teilnehmenden schätzen diese positiven Beziehungen, fühlen sich anerkannt und berücksichtigt, gerade auch in ihren Konsumwünschen (‘Die fragen uns auch, was wir mal anschaffen wollen’). Jedoch bleibt die Entscheidungsmacht bei den Fachkräften. So wundert es nicht, dass nach Bröckling und Schmidt (2012, S. 50) nur 30,6% der befragten Kinder und Jugendlichen angeben, innerhalb ihrer Einrichtung ein Mitbestimmungsrecht zu haben, und nur ca. 25% der Befragten nehmen in den Einrichtungen institutionalisierte Formen der Mitentscheidung in Anspruch. So kann Demokratiebildung als selbsttätige Aneignung von Demokratie auf der Basis von Rechten und nutzbaren Verfahren der Mitentscheidung nicht erfahrbar werden.“ (Ahlrichs et al. 2021, S. 432).

Fachkräften wird empfohlen, selbstkritisch den eigenen Partizipationsalltag zu durchleuchten.



Dienstleistungsorientierung der Fachkräfte trifft auf politische Rahmensetzung mit inhaltlichen und methodischen Vorgaben.

Hindernis für die Umsetzung demokratischer Partizipation in der OKJA sind weiterhin verbreitete Formen paternalistisch-expertokratischer Machtausübung: Besserwissende Fachkräfte setzen die Regeln und Sanktionen („Das Gesetz bin ich!“). Schmidt (2014) stellt fest, dass in Konfliktsituationen „soziale Normen“ oft nicht zwischen Mitarbeiter:innen und Jugendlichen ausgehandelt werden, sondern Mitarbeiter:innen ihre sozialen Normen durchzusetzen und deren Einhaltung kontrollieren. Auch die in der OKJA verbreitete Dienstleistungsorientierung missversteht den Auftrag von Jugendarbeit, der nicht darin besteht, Angebote zu machen, die konsumiert werden können, sondern Möglichkeiten und Freiräume zu schaffen, dass Jugendliche die Angebotsinhalte und Formen selbst bestimmen und selbst gestalten können. Dienstleistungsorientierte Konzepte missverstehen Kinder und Jugendliche als Kund:innen und müssten sie stattdessen als Bestimmer:innen und Gestalter:innen der Jugendarbeit thematisieren. Diese Orientierung praktizieren Fachkräfte allerdings auch in Reaktion auf politischen Druck, „Leistungsbilanzen“ zu produzieren und nachzuweisen, dass sie die politisch formulierten Anforderungen brav erfüllen. Die Bereitschaft zur Dienstleistungsorientierung der Fachkräfte trifft auf politische Rahmensetzungen, die Jugendarbeit inhaltliche und methodische Vorgaben machen; statt § 11 SGB VIII zu folgen und Jugendarbeit als einen durch die Beteiligten zu bestimmenden Freiraum zu ermöglichen. Diese unheilige Allianz verhindert Demokratiebildung.

## Konkrete Arbeitsprinzipien demokratischer Partizipation in der Jugendarbeit

Jugendarbeit kann konkrete Demokratieerfahrungen ermöglichen durch die Bereitstellung interner demokratischer Strukturen der offenen Einrichtung bzw. des Verbandes/Vereins, in denen die Kinder und Jugendlichen als Mitglieder ihrer Entscheidungsgemeinschaft eigene Interessen, Betroffenheiten, Konflikte einbringen, Lösungen diskutieren und entscheiden können. Das heißt, dass es in den einzelnen Einrichtungen transparente und nutzbare Rechte der Kinder und Jugendlichen geben muss, die die Selbstbestimmungsrechte ebenso wie die Mitbestimmungsrechte der Teilnehmenden klären. Rechte ohne Verfahren, mit denen sie eingelöst werden können, sind allerdings nichts wert. Deshalb muss es demo-



kratische Verfahren und Gremien geben, mit deren Hilfe die Kinder und Jugendlichen ihre Rechte auf Selbstbestimmung und Mitbestimmung sehr konkret realisieren können. Das heißt die Einrichtungen müssen sich selbst als eine demokratische Gesellschaft im Kleinen gestalten, in der die Betroffenen (das sind nicht nur die Kinder und Jugendlichen, sondern auch das pädagogische Personal) gemeinsam demokratisch ihre kollektive Lebensführung in der Einrichtung regeln.

Über die interne Demokratisierung der Einrichtung hinaus müssen die Organisationen der Jugendarbeit es unterstützen, dass Kinder und Jugendliche die kommunale Öffentlichkeit betreten und dort ihre Anliegen/Konflikte/Interessen etc. artikulieren, mit anderen Betroffenen debattieren und schließlich mitentscheiden. Das bedeutet, z.B. in Hamburg eigenaktiv die Umsetzung des § 33 Bezirksverwaltungsgesetz (in Bezug auf konkrete einzelne Themen) einzufordern, ohne auf entsprechende Initiativen von Bezirksverwaltung und Politik zu warten.

Ermöglichung demokratischer Partizipation ist keine Sonderaufgabe, sondern Kernauftrag von Jugendarbeit.

Um zu verdeutlichen, welche Arbeitsprinzipien für die einzelnen Schritte der demokratischen Kernhandlungen durch Jugendarbeit umgesetzt werden können, habe ich eine Tabelle entworfen, die links jeweils die demokratische Kernhandlung benennt und dann eine Reihe von Qualitätskriterien formuliert, wie diese in der Jugendarbeit realisiert werden könnten.

Diese Liste mit Qualitätskriterien kann im Alltag der OKJA von den Fachkräften sofort zur Reflexion der Güte ihrer Partizipationspraxis genutzt werden. Es wird empfohlen, zunächst einmal selbstkritisch den eigenen Partizipationsalltag zu durchleuchten und Schwachstellen festzustellen. Es geht nicht darum, das gesamte hier formulierte Qualitätsspektrum sofort zu realisieren, sondern sich Schritt für Schritt heranzutasten. Dabei helfen die Vorgehensweise der GEBE-Methode (Methode zur Förderung gesellschaftlich demokratischen Engagements von Benachteiligten in der OKJA, vgl. Sturzenhecker 2015, Sturzenhecker/Schwerthelm 2015). Sie zeigen, wie man das Handeln der Kinder und Jugendlichen im Alltag der Einrichtung beobachten und daraus die für Partizipation relevanten lebensweltlichen Themen der Kinder und Jugendlichen entdecken kann. Dann können

<b>Demokratische Kernhandlung</b>	Arbeitsprinzip demokratischer Partizipation in der Jugendarbeit
<b>Mitsprechen (öffentliche Artikulation von Betroffenheit und Erhalt von Resonanz)</b>	<p>Fach- und Honorarkräfte/Ehrenamtliche (F/H/E) vermitteln den Kindern und Jugendlichen (K/J) ihre Rechte der Mitbestimmung und Mitgestaltung der Jugendarbeit.</p> <p>F/H/E nehmen Interessen der K/J wahr und unterstützen K/J ihre Interessen in der Organisation und der Kommune zu artikulieren.</p> <p>Sie ermöglichen Ausdruck unterschiedlicher Emotionen.</p> <p>F/H/E geben den K/J dazu Resonanz und klären Interessen/Themen mit den K/J im Dialog.</p> <p>F/H/E sorgen für gleichberechtigten Zugang der unterschiedlichen K/J und weiterer Betroffener zur Artikulation und zum weiteren Prozess.</p> <p>F/H/E sorgen dafür, dass unterschiedliche K/J und weitere Betroffene Möglichkeiten erhalten, ihre Stimme auf für sie passende Weise zu erheben.</p>
<b>Mitverhandeln (Streit und Argumentation)</b>	<p>F/H/E ermöglichen Prozesse der sachlichen Klärung der Möglichkeiten der Umsetzung von Interessen.</p> <p>Sie bringen die unterschiedlichen Beteiligten in gemeinsame Foren der Aushandlung.</p> <p>F/H/E unterstützen unterschiedliche K/J, sich auf für sie passende Weise in die Verhandlungen einzubringen.</p> <p>F/H/E ermöglichen ‚Übersetzung‘ von differenten ‚Sprachen‘ bzw. Ausdrucksweisen und Positionen.</p> <p>F/H/E helfen Argumente zu klären, Konsens zu erzielen und Dissens zu respektieren.</p> <p>F/H/E dokumentieren Prozesse und Positionen.</p>
<b>Mitentscheiden (Lösung bestimmen)</b>	<p>F/H/E helfen, die Entscheidungsalternativen aufzufächern und die Pro-und-Contra-Argumente zu klären.</p> <p>F/H/E stellen Entscheidungsverfahren zur Verfügung.</p> <p>F/H/E sorgen für Minderheitenschutz.</p> <p>F/H/E dokumentieren Entscheidungen.</p>
<b>Mithandeln (umsetzen)</b>	<p>F/H/E unterstützen dabei, aus den Entscheidungen Handlungsfolgen abzuleiten.</p> <p>Sie helfen zu klären, wer was tun muss, um Entscheidungen umzusetzen.</p> <p>Die F/H/E unterstützen bei sachlichen Problemen der Umsetzung.</p>
<b>Mitverantworten (Folgen tragen, Entscheidungen revidieren, Prozess reflektieren)</b>	<p>F/H/E dokumentieren die Umsetzung.</p> <p>Sie schaffen reflexive Settings, um die Umsetzung zu überprüfen.</p> <p>Sie ermöglichen erneute Artikulation zur Umsetzung und helfen zu klären, ob Entscheidungsrevision nötig ist.</p> <p>F/H/E unterstützen dabei, den gesamten Prozess zu evaluieren. Es geht darum, zu befragen, ob der Prozess alle gleichberechtigt beteiligt hat (bzw. es zu einseitiger Machtausübung und Ausschluss kam), also ob die Verfahren fair waren.</p> <p>F/H/E ermöglichen durch diese Reflexion eine politische Bildung, die den eigenen demokratischen Prozess kritisch hinterfragt und daraus auch Erkenntnisse für politisch- demokratisches Handeln allgemein ableitet.</p> <p>F/H/E unterstützen dabei, Verbesserungen für weitere demokratische Entscheidungsprozesse einzuführen.</p>

diese im demokratischen Dialog mit den Betroffenen geklärt und zusammen realisiert werden. Die Praxiserfahrungen mit solchen methodischen Vorgehensweisen zeigt, dass die Kinder und Jugendlichen durchaus nicht eine passive, rein konsumorientierte Anspruchshaltung haben, sondern, wenn ihre tatsächlichen Interessen aufgegriffen werden, sehr wohl begeistert darüber sind, selbst entscheiden und handeln zu können. Einzelne Personen und Gruppierungen bedürften dabei angemessener Unterstützung, wie zum Beispiel Informationen über die sachlichen und finanziellen Möglichkeiten,

eine dialogische Klärung der Sachfragen und Kenntnis der Rahmenbedingungen bezüglich der Realisierung von Interessen. Aber auf dieser Basis sind Kinder und Jugendliche bereit und fähig, im Diskurs untereinander und mit den beteiligten Erwachsenen vernünftige Entscheidungen zu fällen und umzusetzen.

Sicherlich brauchen die Einrichtungen der OKJA dafür angemessene finanzielle und personelle Ausstattung, aber es ist darauf hinzuweisen, dass Ermöglichung demokratischer Partizipation nicht eine zusätzliche Sonderaufgabe ist, sondern der Kernauftrag von Jugendarbeit. Ihre Umsetzung hängt nicht primär von zusätzlichen finanziellen Mitteln ab, sondern von der fachlichen Entschiedenheit, die zentralen Ziele und Konzepte von Jugendarbeit umzusetzen. Kinder und Jugendliche sind in der Jugendarbeit nicht Kund:innen

Grundlegend ist, dass auch Verwaltung und Politik sich an die gesetzlichen Vorgaben des § 11 SGB VIII halten.

Ein Nebeneffekt der Umsetzung der Partizipationsrechte sind Entlastungen für die Fachkräfte.

von Dienstleister:innen, sondern berechnete und befähigte Gestalter:innen des jugendarbeiterischen Freiraums. Eine so demokratisch gestaltete Jugendarbeit macht den Fachkräften nicht mehr Arbeit, sondern als Nebeneffekt der Umsetzung der Partizipationsrechte entstehen Entlastungen für die Fachkräfte, weil die Kinder und Jugendlichen mehr selbstorganisiert

siert in die Hände nehmen und mit verantworten. Das alles setzt aber voraus, dass auch Verwaltung und Politik sich an die gesetzlichen Vorgaben des § 11 SGB VIII halten (und dieses auch in der Globalrichtlinie abbilden) und Jugendarbeit als Freiraum für demokratische Selbst- und Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen sichern. Dazu gehört auch, dass Fachkräfte und Ehrenamtliche ihren Adressat:innen nur Demokratieerfahrungen ermöglichen können, wenn selbst Rechte auf demokratische Mitentscheidung ihrer Arbeitsweisen und -bedingungen haben. Wer demokratische Partizipation fördern will, muss diese auch für die Fachkräfte gewährleisten.

## Anmerkung:

- 1) Der Text ist die schriftliche Fassung eines Vortrages, den ich am 7. Februar 2022 bei der LAG Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit des Landesjugendamtes der FHH online gehalten habe. Die LAG plant eine Fachtagung zum Thema „Partizipation in der Kinder- und Jugendarbeit“.

## Literatur:

- Ahlrichs, R./Maykus, S./Richter, E./Richter, H./Riekmann, W./Sturzenhecker, B. (2021): Demokratiebildung im 16. Kinder und Jugendbericht – kritische Kommentare aus Sicht demokratischer Kinder- und Jugendarbeit. In: deutsche jugend, H. 10/2021, S. 426-440.
- Andresen, S./Lips, A./Möller, R./Rusack, T./Schröer, W./Thomas, S./Wilmes, J. (2020). Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo. Hildesheim. Online: URL: <https://doi.org/10.18442/120> [23.3.2022].
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht – Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland, Berlin.
- Bröckling, B./Schmidt, H. (2012). Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. In: neue Praxis, H. 1, S. 44-59.
- Dewey, J. (1907): The School and Society. Chicago. URL: [http://www.brocku.ca/MeadProject/Dewey/Dewey\\_1907/Dewey\\_1907a.html](http://www.brocku.ca/MeadProject/Dewey/Dewey_1907/Dewey_1907a.html) [23.3.2022].
- Neumann, J./Riedel, J./Sturzenhecker, B. (2020): Partizipation in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine qualitative Studie zur Sicht der Nutzer:innen offener Einrichtungen in Hamburg-Eimsbüttel. In: deutsche jugend, H. 2/2020, S. 57-65.
- Schmidt, H. (2014): ‚Das Gesetz bin ich‘. Verhandlungen von Normalität in der Sozialen Arbeit. Springer VS. Wiesbaden.



Schwanenflügel, L. v./Schwerthelm, M. (2021): Partizipation – ein Handlungskonzept für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. In: Deinet, U./Sturzenhecker, B./Schwanenflügel, L. v./Schwerthelm, M. (Hrsg.): Handbuch Offene Kinder- und Jugendarbeit. 5., völlig erneuerte und erweiterte Auflage. Wiesbaden. S. 987-1000.

Sturzenhecker, B. (2015): Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1. Konzeptionelle Grundlagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Unter Mitarbeit von Moritz Schwerthelm. Gütersloh 2015, 4. Aufl. 2021.

Sturzenhecker, B./Schwerthelm, M. (2015): Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 2. Methodische Anregungen und Praxisbeispiele für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Gütersloh 2015, 4. Aufl. 2021.

Voigts, G. (2020): Jugendlichen brauchen Freiräume. Wie Perspektiven junger Menschen in Corona-Zeiten aus dem öffentlichen Blick verschwinden. URL: <https://www.jugendhilfeportal.de/politik/kinder-und-jugendpolitik/artikel/wie-perspektiven-junger-menschen-in-corona-zeiten-aus-dem-oeffentlichen-blick-entschwinden/> [23.3.2022].

Fotos: Christian Ganzer

## Benedikt Sturzenhecker,



Dipl.Päd., Dr. phil., ist Professor für Sozialpädagogik und außerschulische Bildung an der Fakultät für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.